

Die Agonie dauert an

Die Griechen-Agonie dauert an, denn der vermeintliche Sieg war nur der Startschuss in einen Marathon mit ungewissem Ausgang (jetzt sprechen die Parlamente). In Athen müssen die Abgeordneten bis Mittwoch eine Reihe von Gesetzen verabschieden – erst dann wird der Bundestag darüber abstimmen, ob neue Verhandlungen aufgenommen werden. Danach muss Athen bis 20. Juli weitere Gesetze verabschieden, um eine Brücken-Finanzierung zu erhalten, worauf weitere Gesetze bis Mitte August fällig sind, bevor ein EMS-Paket verhandelt werden kann. Achtung: Über viele dieser Abmachungen muss in den jeweiligen Parlamenten in Europa abgestimmt werden. Ein Ende der Prozedur vor Ende Sep / Anfang Okt ist kaum denkbar. Verliert Tsipras eine dieser Abstimmungen, wird er wohl zurücktreten und den Weg für Neuwahlen freimachen. Bis dahin müsste eine Übergangs- oder Minderheits-Regierung gebildet werden, um zu verhandeln.

Apropos: Es ging allein darum, den sofortigen Kollaps des Banken-Systems zu verhindern. Damit hat die Politik der EZB den Ball zugespielt, die nun entscheiden muss, ob die Banken weiter finanziert werden. Geplant ist, die Banken später aus einem Fonds zu re-kapitalisieren, den es noch nicht gibt und der aus griechischen Vermögenswerten besteht, die verkauft werden sollen, falls sie noch verkäuflich sind. Verschwiegen wird, dass dabei dann möglicherweise wohl auch die Kunden der Banken mit ihren Einlagen haften müssen (je nachdem wie groß die Schieflage wirklich ist) und dass die Binnenwirtschaft in den letzten Wochen bereits ohne diese Bürde schwerste Schäden erlitten hat, die vermutlich erst im Frühstadium des 3. Hilfsprogramms sichtbar werden und das Boot dann endgültig zum „Kentern“ bringen.

Die Börsen haben mit einem Freudensprung darauf reagiert, dass die Regierung in Athen jetzt ein EU-Programm akzeptiert, welches angeblich deutlich härter ist als jenes, das im Referendum vor 7 Tagen mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Tsipras das Raubtier wurde auf dem Gipfel der „Tortour“ erst zum Freiwild erklärt und dann zur „Beute“ der Hardliner (siehe Voll-Kapitulation).

Dies führt allerdings zu Fragen über Legitimation und Nachhaltigkeit der Vereinbarung, Sinn und Zweck eines Referendums, Glaubwürdigkeit der Akteure (stimmt das wirklich, was hier berichtet wird) und die Frage, wie Athen das bezahlen soll, wenn vor wenigen Tagen nicht einmal der Wille für deutlich geringerer Reform-Schmerzen vorhanden war?

Anders formuliert: Es gibt weder eine Garantie, das Athen diese Versprechen hält, noch das sich das Parlament morgen nicht wieder gänzlich anders besinnt. Tsipras muss eine drohende Meuterei der eigenen Reihen fürchten, was kaum hilft, frisches Auslandskapital anzulocken, ohne welches Athen aber in den Abyss stürzt (unergründliche ozeanische Tiefe).

Angeblich braucht Tsipras weitere €25 Mrd, nur um die Banken zu re-kapitalisieren (nach geschätzten €14 Mrd letzten Donnerstag). Hier finanziert die EU die anhaltende Kapitalflucht für jene Griechen, die ihre letzten Schäfchen schnell noch ins Trockene bringen, falls der Marathon in eine böse Überraschung mündet, bei der irgend ein schwaches Glied irgendwo in der Kette der EU-Parlamente von Finnland bis Portugal die Mehrheit verweigert.

Das Poker-Spiel von Ex-Finanzminister Varoufakis (texanischer Professor für Spieltheorie) ist jämmerlich gescheitert. Er wollte die EU mit Hilfe der „Spieltheorie“ austricksen (In der Spieltheorie werden Entscheidungssituationen modelliert, in denen sich die Beteiligten gegenseitig beeinflussen – und das rationale Entscheidungsverhalten verändern. Die Spieltheorie ist originär ein Teilgebiet der Mathematik und zählt in den USA zu den Wirtschaftswissenschaften). Varoufakis ist das Opfer typischer amerikanischer Missverständnisse über Europa. Die EU hat Tsipras, Syriza und den Griechen eine „gesichtswahrende“ Lösung verweigert – auch wenn das Griechenland in den Kollaps schickt und eine harte Bürde für Europa wird. Die deutliche Warnung der Hardliner lautet: **Wählt euch einen Populisten und ihr tragt die Konsequenzen.**

Apropos: Am Weltkapitalmarkt sind die Zinsen kräftig gestiegen – von 0,65% für 10-jährige in Deutschland vor 2 Tagen auf gestern vorübergehend mehr als 1%. Das ist kein gutes Omen für den Aktienmarkt.

PS: In den USA läuft die Quartalsberichtssaison. Bislang haben 17 von 23 Konzernen im S&P-500 über negative Folgen des starken Dollars berichtet und 5 über einen deutlichen Anstieg der Lohnstückkosten.

PS: Chinas Auto-Importeure melden einen Lagerbestand von 143 Verkaufstagen – 24 sind normal – kein gutes Omen für deutsche Auto-Aktien.

PS: Der Atom-Deal mit dem Iran wird den Ölpreis mächtig unter Druck setzen (Iran darf wieder Öl exportieren), denn Saudi Arabien pumpt bereits jetzt absolute Rekord-Mengen, da die Saudis große Kredite am Kapitalmarkt aufnehmen, um die Einnahmefälle zu decken.

(Quelle Bloomberg) -- Beim jüngsten Gipfel zur Rettung des Euro wurde der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras zur Jagd frei gegeben. Bundeskanzlerin Angela Merkel war nicht die einzige Teilnehmerin, die auf das von ihrem Kollegen in fünf Monaten im Amt zerstörte "Vertrauen" verwies. Das war Europas Art, zum Ausdruck zu bringen, dass der Anti-Spar-Populist nachgeben musste.

Die Nacht der Verhandlungen trennte die Unterstützer Griechenlands unter den Euroländern, wie etwa Italien, vom unnachgiebigen Lager unter Führung Deutschlands, das noch härtere Sparmaßnahmen anstrebte. In einem 17-stündigen Verhandlungsmarathon in Brüssel gönnten sich Politiker kurze Schlafpausen, teilten sich in kleine Grüppchen auf, um Vorschläge Zeile für Zeile durchzugehen und drohten mehr als einmal damit, abzureisen. Selbst um 6 Uhr früh beurteilten beide Seiten das Zustandekommen einer Einigung noch skeptisch.

Letzten Endes musste Tsipras alles schlucken. Im Endergebnis verordneten die Regierungen der Gläubigerländer dem ehemaligen kommunistischen Jugendfunktionär als Vorbedingung für das Verbleiben Griechenlands im Euroraum die bedingungslose Annahme des Kapitalismus. Andernfalls hätten sie ihm Hilfszahlungen von bis zu 86 Mrd. Euro verweigert.

"Die griechische Regierung hat praktisch alles akzeptiert", sagte der maltesische Ministerpräsident Joseph Muscat in einem Interview im Anschluss an die Nachtsitzung. "Sie haben allen wichtigen Punkten zugestimmt." Tsipras sagte, der Gipfel, der um 9 Uhr früh am Montag endete, sei eher eine Inquisition als eine Verhandlung gewesen.

"Wir standen vor schwierigen Entscheidungen und harten Dilemmata", sagte er Journalisten. "Wir haben die Verantwortung für die Entscheidung übernommen, die extremsten Pläne der extremsten konservativen Kräfte in der Europäischen Union abzuwenden."

Zwei Offizielle, die Tsipras unabhängig voneinander beobachteten, sagten, er habe wie ein "geprügelter Hund" gewirkt, dem nichts anderes übrig geblieben sei als sich dem Willen der Gläubiger zu unterwerfen und hie und da noch ein Zugeständnis herauszuholen. Athen dürfte dem Regierungschef einen schwierigen Empfang bereiten.

Tsipras gelangen kleinere taktische Siege. So schaffte er es, ein gewisses Ausmaß an griechischer Kontrolle über einen Privatisierungsfonds zu erreichen, der durch den Verkauf staatlicher Aktiva rund 50 Mrd. Euro einbringen soll – eine Zielvorgabe, die sich bei früheren Rettungsprogrammen als unerreichbar erwiesen hat. An einem Punkt der Verhandlungen erklärte Tsipras, er habe "kein Mandat, sein halbes Land zu verkaufen".

Tsipras telefonierte zwischen den Auseinandersetzungen von Angesicht zu Angesicht immer wieder mit Syriza-Getreuen in der Heimat. Gegenüber den europäischen Partnern kündigte er an, er werde gegen jeden vorgehen, der seine plötzliche Kehrtwende nicht mittragen wolle. In Athen wird die Frage sein, ob Tsipras die etablierten Parteien in eine Koalition der nationalen Einheit einbinden kann und ob er dieser selbst vorstehen wird - oder ob er zurücktritt, um nicht die politische Verantwortung für drastische Haushaltseinschnitte übernehmen zu müssen, die er so lange verurteilt hat.

Unabhängig vom persönlichen Schicksal des Regierungschefs wird Griechenland bis Mittwoch eine Reihe von Maßnahmen verabschieden müssen, die bislang als inakzeptabel galten – wenn es sich die Aussicht auf weitere Hilfsmittel offenhalten will. Für Tsipras gäbe es als Alternative die Option, an der derzeitigen Koalition festzuhalten, die Forderungen der Gläubiger zurückzuweisen und ein Ausscheiden aus dem Euroraum ins Auge zu fassen.

Einige der unnachgiebigen Partner argwöhnten zu Beginn des Gipfels, Griechenland werde zu leicht davonkommen. Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte fürchtete, seine Koalition werde auseinanderbrechen. Sein finnischer Amtskollege Juha Sipila wollte erst gar keine Gespräche über ein drittes Rettungsprogramm aufnehmen.

Die beiden genannten Länder nahmen dem Vernehmen nach an einer Besprechung teil, zu der sich eine Gruppe von Hardlinern verabredet hatte. Der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi nahm Anstoß an den vertraulichen Gruppentreffen und stellte nach Angaben einer mit dem Vorgang vertrauten Person Rutte zur Rede.

Der Ärger der Europäer ging nicht zuletzt auf den vorletzten Gipfel vom 26. Juni zurück, als Tsipras sich den Forderungen der Geldgeber anzunähern schien, auf dem Heimflug aber offenbar seine Meinung änderte und das Referendum anberaumte, in dem die Gläubigerforderungen abgewiesen wurden.

Der Boden für Tsipras' neuerliche Kehrtwende wurde am Wochenende gelegt, als die Finanzminister – deren Betätigungsfeld nüchterne Zahlen sind und nicht etwa die Beschäftigung mit dem geopolitischen Status Griechenlands in einem von Krisen umgebenen Europa - erstmals die Möglichkeit eines griechischen Austritts aus dem Euroraum schriftlich erwähnten. Damit hatte die Drohung eines Ausschlusses ihren Weg in ein offizielles Dokument gefunden - auch wenn sie in der Endfassung fehlte. Der neue griechische Finanzminister Euclid Tsakalotos hielt sich an die technokratische Etikette, die seinem Amtsvorgänger Yanis Varoufakis so fremd war.

Die schärfsten Angriffe auf Griechenland kamen von den kleineren Ländern der Währungsunion. Während Merkel ihr gewohntes Bild abgab und undurchschaubar blieb, machte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico das "moralische Recht" geltend, "sehr unnachgiebig" gegenüber Griechenland zu sein. "Griechenland täte gut daran, von sich aus den Euroraum zu verlassen, seine Hausaufgaben zu erledigen und dann eine Rückkehr in Angriff zu nehmen. Das hier ist für alle nichts als eine Tortur."